

Wolfgang Brenner

Die ersten hundert Tage

Reportagen vom deutsch-deutschen
Neuanfang 1949

HERDER 

FREIBURG · BASEL · WIEN



MIX
Papier aus verantwortungsvollen Quellen
FSC® C083411

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2016
Alle Rechte vorbehalten
www.herder.de

Satz: Carsten Klein, Torgau
Herstellung: CPI books GmbH, Leck

Printed in Germany

ISBN Print 978-3-451-38181-2
ISBN E-Book 978-3-451-80893-7

Inhalt

Das Jahr 1949	7
Der Westen	7
Der Osten	15
Die Geschichten	21
Roter Schnee	25
Catch-as-catch-can	35
Düsseldorf – München	35
Wien – Nürnberg	43
Krieg im Zoo	53
Der Fall Grzimek	53
Der Privatdetektiv	65
Kino, Kalter Krieg und Zoo	70
Der Staat und der Tod	77
Das Fallbeil	77
Gladow	85
Wir unterschreiben nicht	107
Der UGO-Putsch	119
Dr. Katzenbergers Badereise	135
Die braune Stadt	149
Die neuen Herren	149
Der ideale Platz	152
1000 Lastautos	156
Der Stoff, aus dem die Träume sind	169
Das Wettrennen	169

Der Klotz	175
Hitlers Uranbrenner	181
China Connection	189
Der Lockvogel	189
Die Wehrmachtsdroge	193
Das Wunder von Bern	199
Markgraf und das Mädchen	205
Ein Polizist verschwindet	205
General Gómez	210
Der Polizeipräsident der Russen	216
Herta und Heidi	219
Die zweite Karriere	226
Paraffin	229
Demontage-Müller	229
Die Druckknopfstanze	235
Telegramm an Truman	238
Das Crèmeschnittchen	247
Die Selbstmördertür	247
Kriegskinder	250
Der heimliche VW	252
Helden der Arbeit	259
Ein Bergmann in Moskau	259
Ackermann oder der Umweg	263
Anmerkungen	279
Abbildungsnachweis	287

Das Jahr 1949

Der Westen

1949 ist das Jahr, in dem die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik gegründet wurden. Für die Leute im Land spielten die parlamentarischen Rituale in Bonn und Ost-Berlin jedoch kaum eine Rolle. 1949 war ein belangloses Jahr, so scheint es.

Aber das ist falsch. In jeweils drei Monaten, also in etwa hundert Tagen, wurde aus den Besatzungszonen wieder ein Land. Ein neues Land, das aus zwei Staaten bestand. Aber dabei waren die Vorgänge in Bundestag und Volkskammer weniger wichtig. Wichtig waren die Haupt- und Staatsaktionen am Rande, die kleinen Revolutionen und Revolten.

Die Gründung der beiden deutschen Staaten im Jahr 1949 verlief weitgehend geräuschlos. Es gab kaum etwas, was die Deutschen im Mai und im Oktober dieses Jahres weniger interessierte. Das hatte viele Gründe. Erstens hatten die meisten Menschen im Nachkriegsdeutschland andere Sorgen. Die Zeit des großen Hungers war zwar vorbei, aber immer noch lebten die Deutschen in einer Mangelgesellschaft, und sie mussten viel Energie darauf verwenden, ihren Alltag zu bewältigen. Dann konnten noch so salbungsvolle Erklärungen nicht darüber hinwegtäuschen, dass der

Parlamentarische Rat in Bonn ebenso wenig wie der Volkskongress in Ost-Berlin nicht wirklich über den Aufbau und die Zukunft zweier neuer Staaten entschied. Das taten die Siegermächte und die hatten auch weiterhin das Sagen – mal mehr, mal weniger.

Die Deutschen spielten Staat. Währenddessen gingen die Demontagen weiter (siehe S. 229). Die Deutschen durften auch weiterhin ihre Interessen in der Welt nicht selbst vertreten, und fast jede wichtige politische Entscheidung musste vor den Besatzern bestehen, auch wenn diese offiziell keine Besatzer mehr waren.

Kein Wunder, dass sich die Menschen nur für Randdetails der Staatsgründungen interessierten – wenn überhaupt. So wurde ausführlich darüber berichtet, wie viele Kilo die deutschen Teilnehmer des Währungs-Konklaves von Rothwesten bei Kassel zugenommen hatten, aber wenig darüber, was dort beschlossen worden war. Und was die Sitzungen des Parlamentarischen Rates betraf, so interessierte sich die Öffentlichkeit mehr für die Anzahl der in der Kantine gegessenen und noch mehr für die nicht gegessenen und vergammelten Buttercremetorten als für die Ergebnisse der mühsamen Diskussionen. Das in der Öffentlichkeit am heißesten diskutierte Thema war das sogenannte »Elternrecht« – das Recht der Eltern, allein zu bestimmen, welche Schule ihre Kinder besuchten. Das jedenfalls ergab eine Analyse der Eingaben an den Parlamentarischen Rat: Von 5131 Eingaben betrafen 2690 das Elternrecht, 314 das Wahlrecht, 353 die Bundesflagge, 15 die Nationalhymne – fünf verlangten das Deutschlandlied und die schwarz-weiß-rote Fahne des Deutschen Reiches.¹

Die Menschen beschäftigten sich, wenn sie schon mal Zeit fanden in ihrem Alltagskampf, mit ganz anderen Ereignissen als den Staatsgründungen in Bonn und Ost-Berlin. Mit Ereignissen, von denen sie glaubten, darin ihren wahren Zustand und manchmal sogar ihre Zukunft zu erkennen. Von solchen Ereignissen handelt

dieses Buch. Es geht dabei nicht immer um Politik, aber Politik spielt immer eine Rolle. Es geht um das Überleben, um die Hoffnung auf eine bessere Zukunft, um die hilflose Suche nach Glück, um scheinbare Banalitäten und um profane Kämpfe auf Leben und Tod, um Helden und Narren eben. Mit einem Wort: um den Alltag im Jahr 1949. Die Ereignisse, die hier erzählt werden, klingen manchmal wie aus einer fremden Welt. Aber sie haben sich in der BRD und der DDR zugetragen, und sie haben das Leben in den beiden deutschen Staaten über Jahrzehnte hinweg eher bestimmt, als die offizielle Politik das tat.

Dennoch: Das Jahr 1949 ist das deutsche Gründungsjahr. In diesem Jahr wurden aus den vier Besatzungszonen die beiden deutschen Staaten Bundesrepublik Deutschland und Deutsche Demokratische Republik. Der Weststaat entstand am 8. Mai 1949 – genau vier Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges – auf dem Boden der seit 1945 bestehenden drei Westzonen. Der Parlamentarische Rat verabschiedete an diesem 8. Mai mit 53 Stimmen aus der CDU/CSU, der SPD und der FDP das Grundgesetz der BRD. Gegenstimmen: zwölf.

Der Oststaat entstand am 7. Oktober 1949 auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone. Also fast ein halbes Jahr später – und zehn Tage vor dem 30. Jahrestag der Oktoberrevolution von 1919. Die vom Volksrat im Mai 1949 gebilligte Verfassung wurde zur Verfassung der DDR erklärt.

Auf den ersten Blick haben beide Staaten unabhängig voneinander ihre spezifischen Geburtswehen durchgestanden. Aber das täuscht. Trotz der (noch) unsichtbaren Grenze, die der beginnende Kalte Krieg zog, waren die Geschicke eng miteinander verzahnt. Was ja auch kein Wunder ist, denn hinter allem, was geschah, standen der große Krieg und die Verbrechen des Nationalsozialismus.

Im Westen hatten die Besatzungsmächte den Verfassungsentwurf des Parlamentarischen Rates zuerst abgelehnt – was für viele ein Hinweis darauf war, dass es über dem provisorischen Parlament immer noch eine Instanz gab, der dessen Entscheidung gefallen musste. Die Westalliierten meldeten ernste Bedenken an gegen die Vollmachten, die die deutsche Polizei bekommen sollte, gegen die Geltung des Grundgesetzes in West-Berlin und gegen die Neuregelung der Ländergrenzen. Im Vorfeld hatte es schon erhebliche Kritik an der Steuerhoheit des Bundes gegeben. Die Westdeutschen ahnten bereits, dass die Sieger (oder einige davon) einen schwachen deutschen Staat wollten, dessen Zentralmacht sich mit starken Bundesländern zu arrangieren hatte.

Es stand auch eine Drohung im Raum, die jedem neuen deutschen Selbstbewusstsein von vorneherein die Spitze nahm: Am 1. Juli 1948 hatten die drei Militärgouverneure der USA, Großbritanniens und Frankreichs den Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder die sogenannten Frankfurter Dokumente überreicht. In diesen war in einer Art Tagesbefehl niedergelegt, was die Londoner Konferenz der Außenminister vorher beschlossen hatte: Bis spätestens 1. September 1948 sollte ein Parlamentarischer Rat einberufen werden, seine Mitglieder wurden von den Landtagen gewählt (ein Delegierter pro 750 000 Einwohner). Eine Verfassung sollte nur in Kraft treten, wenn zwei Drittel der Länder sie billigten, vor allem aber wenn die Militärgouverneure sie für gut befanden. Die Frankfurter Dokumente enthielten einen Vorbehalt, der sich in das politische Gemüt aller Beteiligten einbrannte: Die Militärgouverneure werden sofort die Ausübung ihrer vollen Machtbefugnisse wieder aufnehmen, falls ein Notstand die Sicherheit bedroht und um nötigenfalls die Beachtung der Verfassung und des Besatzungsstatutes zu sichern. Basta.

Das hieß: Demokratie gab es für das Volk, das den letzten Krieg zu verantworten hatte, nicht als Freifahrtschein. Es gab sie unter Vorbehalt und mit der Möglichkeit, jederzeit wieder in die Autokratie der Nachkriegsjahre zurückgestoßen zu werden, falls die Deutschen im Westen ihre sowieso begrenzten Freiheiten missbrauchten. Nicht wenige fragten: Ist das dann noch eine Demokratie? Dazu gehörten nicht nur die Nationalgesinnten, dazu gehörten auch Sozialdemokraten wie der SPD-Parteivorsitzende Kurt Schumacher und Konservative.

Wie angeordnet konstituierte sich der Parlamentarische Rat am 1. September 1948 in Bonn. Er bestand aus 65 stimmberechtigten Abgeordneten. 27 gehörten der CDU/CSU, 27 der SPD, fünf der FDP, zwei der KPD, zwei der DP und zwei dem Zentrum an.

Trotz der demonstrativen Willfähigkeit der starken Gruppe um den Präsidenten des Parlamentarischen Rates Konrad Adenauer gab es erhebliches Murren bei den Alliierten. Den Franzosen passte die ganze Richtung nicht. Sie hätten das Ruhrgebiet gerne für sich gehabt und beobachteten die internationale Verwaltung des deutschen Kohle- und Stahlzentrums mit Unbehagen. Überhaupt sahen sie nicht ein, dass die Wirtschaft des Nachbarn, der ihr Territorium in den letzten 80 Jahren drei Mal überfallen hatte, so kurz nach der Niederlage wieder florieren sollte. Jede deutsche Mark war für sie ein weiterer Schritt in Richtung einer neuen Militärmacht am Rhein. Eine aus heutiger Sicht verständliche Position – doch damals war die Not der Nachkriegszeit in Deutschland noch überall spürbar, und die Menschen fürchteten eine Beschränkung ihrer bescheiden anwachsenden Wirtschaft. Die Amerikaner hingegen forcierten die Wiederherstellung deutscher Wirtschaftskraft, weil sie die weitaus höchsten Unterstützungszahlungen leisten mussten und es deshalb zuhause schon Proteste gab.

Am 26. März 1949 nahmen die Westalliierten 31 Grenzkorrekturen zugunsten der Nachbarstaaten vor. Die Ministerpräsidenten der betroffenen deutschen Länder hatten um direkte Verhandlungen gebeten (siehe S. 135). Die alliierte Antwort auf die zaghaften Proteste: Kein Grund zur Aufregung, in Ostdeutschland betrugen die Annexionen deutscher Territorien durch Polen bzw. die UdSSR das 600-Fache dieser Korrektur.

Das war kein gutes Zeichen für die Stabilität des neuen Staates.

Im selben Monat geriet die Arbeit des Parlamentarischen Rates ins Stocken. Die alliierten Militärgouverneure lehnten die vorgesehene Balance zwischen Bund und Ländern ab. Sie wollten mehr Macht für die Bundesländer und damit eine schwächere Zentralregierung. Sofort machten die Deutschen Gegenvorschläge, die aber am 25. April 1949 in Bausch und Bogen abgelehnt wurden. Die SPD verlor die Geduld und wollte keine weiteren Zugeständnisse an die Besatzer mehr machen. Der neue Staat schien schon vor seiner Gründung zu scheitern, weil er sich keine Verfassung geben konnte.

Doch die Westalliierten hatten sich längst besonnen. Die Konfrontation mit der UdSSR wurde immer schärfer, wie die Berliner Blockade zeigte. Die Amerikaner arbeiteten daran, ihren nuklearen Vorsprung auszubauen, und die Russen standen kurz davor, eine eigene Atombombe zu testen (siehe S. 169). Die Amerikaner brauchten ein starkes Westdeutschland und keinen in die Knie gezwungenen Staat der Besiegten. Deshalb hatten sich die drei Außenminister auf ihrer Tagung in Washington am 8. April 1949 auf ein Papier geeinigt, das den Deutschen entgegenkam: Der Bund sollte eine eigene Finanzhoheit bekommen, und die Gesetzgebung sollte zwischen den Ländern und der Zentralregierung so aufgeteilt werden, dass der neue Staat handlungsfähig wurde. Seltsam war nur, dass die Militärgouverneure in den Westzonen diesen Durchbruch nicht weitergaben. Sie ließen die Deutschen

noch zwei Wochen zappeln – vielleicht um die Konfrontation auf die Spitze zu treiben und ihnen so vorzuführen, dass ohne die Alliierten in Deutschland kein Staat mehr zu machen war.

Am 23. Mai 1949 kamen in Bonn die Ministerpräsidenten der Länder, die Landtagspräsidenten, die Vertreter der Militärregierungen und des Frankfurter Wirtschaftsrates zusammen. In einem Staatsakt wurde das Grundgesetz den Deutschen verkündet. Alle Mitglieder des Parlamentarischen Rates unterzeichneten die neue Verfassung, auch die Vertreter Berlins – nur die zwei kommunistischen Ratsmitglieder weigerten sich (siehe S. 107). Die Vertreter Bayerns im Parlamentarischen Rat unterschrieben auch, obwohl der Landtag in München seine Zustimmung zum Grundgesetz verweigert hatte.

Am selben Tag trafen sich die Außenminister der Großen Vier: Die USA, Großbritannien und Frankreich lehnten den Vorschlag der UdSSR ab, in Deutschland das Viermächte-Regime wiederherzustellen, weil damit die BRD auch noch den letzten Rest an Souveränität verloren hätte. Die Sowjetunion hingegen wehrte sich gegen den Vorschlag, durch Ausdehnung des Grundgesetzes auf die SBZ zu einer Vereinigung Deutschlands zu gelangen. Die Fronten waren verhärtet.

Am 14. August 1949 wurde der erste Bundestag gewählt. 18 Parteien waren zur Wahl zugelassen. Das Spektrum war breit: Es reichte von der rechtradikalen Deutschen Reichspartei DRP bis zur KPD. Die Wahlbeteiligung lag bei 78,5 Prozent.

Das Ergebnis erinnert ein wenig an die Wahlausgänge der letzten Jahre: CDU/CSU waren mit 31,0 Prozent die Gewinner. Die SPD folgte mit 29,2 Prozent auf dem zweiten Platz. Der Abstand zwischen den beiden Großen war also geringer als in unseren Tagen. Die FDP kam auf beachtliche 11,9 Prozent. Die KPD erreichte 5,7 Prozent, kam also in den Bundestag. Die Bayernpar-

tei errang 4,2 Prozent, die rechte Deutsche Partei 4,0 Prozent, das Zentrum 3,1 Prozent, die Wirtschaftliche Aufbauvereinigung WAV 2,9 Prozent. Die radikale Deutsche Reichspartei 1,8 Prozent, die Südschleswigsche Wählervereinigung 0,3 Prozent.

Konrad Adenauer, der starke Mann dieser Jahre, lehnte eine Koalition mit der SPD ab, die das Wirtschaftsministerium für sich beanspruchte. Seine Begründung für die Absage an eine Große Koalition klingt für uns, die wir seit Jahren eine Angleichung der Volksparteien aneinander erleben, kurios: Es herrsche ein zu großer Gegensatz zwischen seiner Partei und der SPD – vor allem in der Frage der Wirtschaftsform des neuen Staates. Unter diesen Umständen sei es für ihn unmöglich, einen sozialdemokratischen Wirtschaftsminister zu akzeptieren. Adenauer teilte ebenfalls mit, sein Arzt habe ihm bestätigt, dass er gesundheitlich in der Lage sei, das Amt des Bundeskanzlers für zwei Jahre zu übernehmen. (Adenauer wurde mehrmals hintereinander Bundeskanzler – bis 1963, also nicht zwei, sondern 14 Jahre.) Als Bundespräsident schlug Adenauer Theodor Heuss von der FDP vor. Heuss erklärte später, er habe davon aus der Presse erfahren.

Am 12. September 1949 wählte die Bundesversammlung den Bundespräsidenten. Kandidaten waren Heuss (FDP), Kurt Schumacher (SPD) und Amelunxen (Zentrum). Heuss siegte erst im zweiten Wahlgang. Er schlug daraufhin dem Bundestag Adenauer als Kanzler vor.

Eine Woche später, am 20. September 1949, wurde das erste Kabinett Adenauer vereidigt. In seiner Regierungserklärung bekannte sich der 73-jährige Kanzler zur sozialen Marktwirtschaft. Er hoffte inständig auf ein Ende der Demontagen, ein Thema, das den Deutschen besonders am Herzen lag.

Adenauer begründete noch einmal seine Ablehnung einer Großen Koalition: Das Land brauche eine starke Opposition – auch

ein Argument, das wir in letzter Zeit wieder gehört haben. Der Kanzler versprach die Amnestierung von Nationalsozialisten und bat die Alliierten, die noch verbliebenen deutschen Kriegsgefangenen freizulassen. Die Bundesregierung lehnte die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ab – im Gegensatz zur ersten DDR-Regierung, die sie einen Monat später als polnisch-deutsche Grenze anerkennen sollte.

Der Osten

Die beiden Staatsgründungen sind nicht unabhängig voneinander abgelaufen. Das eine war eine Reaktion auf das andere. Auf die Währungsreform im Westen und die Einführung der D-Mark als alleiniges Zahlungsmittel in West-Berlin kam die Berliner Blockade. Auf die Blockade kam die Gründung der BRD. Als der Osten sich mit einem neuen deutschen Staat konfrontiert sah, lenkte er ein und stellte ein vereintes Deutschland zur Diskussion – was der Westen als eine Finte ansah, da in der SBZ machtpolitisch längst klare Verhältnisse geschaffen worden waren. Dass dort nichts geschah, ohne dass die Russen dem zustimmten, konnte der Westen jedoch nicht monieren, denn in seinem Herrschaftsbereich hatten die Besatzungsmächte auch das Sagen. Dass aber die SED die Macht fest in den Händen hielt und keine andere heimische Kraft neben sich duldete, sah er als eine Gefahr für ein künftiges einiges Deutschland an. Die Sowjets würden ihr System exportieren, fürchtete man. Dass das westliche System in den Osten exportiert werden könnte, glaubte damals keiner.

Als der Westen Stalins fragwürdiges Angebot ignorierte und seine BRD weiter entwickelte, sah sich die Sowjetunion gezwungen, dem West-Staat etwas entgegenzusetzen. Man könnte sagen:

Die beiden Staaten schaukelten sich gegenseitig hoch. Eigentlich wollte jede Seite die Einheit, zumindest wurde das immer wieder bekräftigt. Aber sie kam nicht zustande, weil sich die beiden Kräfte misstrauten und auf jeden zaghaften Schritt des einen eine donnernde Reaktion des anderen folgen musste.

Seit Kriegen hatte sich Stalin mehrmals dafür ausgesprochen, Deutschland als Einheit zu erhalten. Fortan gehörte die Forderung nach einer deutschen Einheit zum festen Instrumentarium der Politik in der SBZ. Das ließ den Westen, der sich in dieser Frage in die Ecke gedrängt fühlte, nicht gut aussehen. Ein absurder Mechanismus wurde in Gang gesetzt: Die Sowjets forderten nun bei jeder Gelegenheit die deutsche Einheit. Die Westalliierten waren sich darüber uneins und wollten sich auch durch Stalin nicht dazu drängen lassen. Zudem vermuteten sie, dass die Russen ihren Statthaltern über zentrale Institutionen einen Platz an den Hebeln der Macht sichern wollten. Deshalb zeigten sich auch die Amerikaner und die Briten skeptisch, wenn aus dem Osten ein neuer Vorschlag in Richtung Einheit kam. Die Franzosen waren sowieso grundsätzlich dagegen, dass Deutschland wieder zentral regiert wurde.

Die Einheit war in aller Munde. Aber umso mehr lief alles auf eine Teilung hinaus.

Die Sache war aber viel verworrener – und zeigte, dass die Alliierten eben nicht nur wortkarg waren, wie Sieger das zu sein pflegen. Sie hatten einfach keinen detaillierten und für alle verbindlichen Plan für das Land, das sie besiegt und besetzt hatten.

Wie sollte unter diesen Bedingungen ein Friedensvertrag mit Deutschland zustande kommen? Der war doch aus der Sicht der Westalliierten die Voraussetzung für eine rechtliche Klärung der Oder-Neiße-Grenze. Aber nur eine gemeinsame Vertretung der Deutschen kam als Vertragspartner der Alliierten in Frage. Diese

Voraussetzung konnte nicht eintreten, wenn nicht mal Frankreich seine Zustimmung dazu gab.

Ein Ende des langen Jammers war nicht in Sicht. Zwar wollten die Amerikaner aus finanziellen Erwägungen die wirtschaftliche Einheit, die ihre Steuerkassen entlastet hätte. Aber sie wollten den Russen nicht politisch nachgeben – und somit entstand eine gegenseitige Blockade.

Schon am 26. November 1947 hatte der Vorstand der SED alle Parteien, Gewerkschaften und Massenorganisationen im ganzen Land (!) dazu aufgerufen, zu einem Deutschen Volkskongress für Einheit und Frieden zusammenzukommen.

Am 6. und 7. Dezember konstituierte sich der Deutsche Volkskongress in Berlin. Von den 2215 Abgeordneten gehörten 893 der SED an. Der Rest bestand aus Mitgliedern der CDU, der SPD (auch aus dem Westen) und der liberaldemokratischen Partei. Eine Abordnung des Volkskongresses wurde nach London geschickt. Sie sollte die Wünsche der Vollversammlung der dort tagenden Außenministerkonferenz vortragen: einen Friedensvertrag, aber auch eine Regierung für ganz Deutschland und freie und geheime Wahlen. Doch die Delegation wurde in London nicht vorgelassen. Der Osten fühlte sich dupiert.

Am 17./18. März 1948 traf sich in Berlin der Zweite Deutsche Volkskongress. Die 2000 Delegierten verstanden sich als »*einzig* gesamtdeutsche Repräsentanz«.

Selbstbewusst bestätigte der Volkskongress die Oder-Neiße-Grenze und beschloss ein Volksbegehren über die deutsche Einheit. Es wurde ein Deutscher Volksrat mit 400 Mitgliedern gewählt. Der Volksrat sollte zwischen den Kongressen die Vorbereitungen für einen deutschen Staat im Osten treffen. Am Tag nach der Wahl von Wilhelm Pieck (SED) zum Vorsitzenden des Volksrats löste sich der Alliierte Kontrollrat im Streit auf.

Der Osten gab seine Einheits-Ambitionen auf und orientierte sich enger an der Sowjetunion. Diese Moskau-Justierung war auch im Alltag zu spüren – z. B. in der Arbeitswelt. Am 5. Februar 1949 fand in der SBZ die Konferenz der Hennecke-Aktivist*innen statt – das waren Musterarbeiter, die Unglaubliches vollbrachten. Viele ihrer Kolleg*innen aber sahen in den Aktivist*innen einfach Normbrecher (siehe S. 259).

Die Entwicklung von Deutschland Ost und Deutschland West war zwar nicht entkoppelt, sie bewegte sich aber nun in verschiedene Richtungen. Und das immer schneller. In der Nacht vom 23. auf den 24. Juni 1948 hatten die Sowjets West-Berlin hermetisch abgeriegelt. Der Personen- und Güterverkehr wurde unterbrochen. Strom gab es für die West-Berliner nur aus dem Osten.

Ende Januar 1949 gibt Stalin der US-Agentur INS ein Interview. Er scheint einlenken zu wollen. Der Osten leidet mittlerweile selbst unter der Blockade, weil auch keine Waren mehr von West-Berlin in den Osten der Stadt gelangen (Gegenblockade). Stalin willigt ein, die Blockade Berlins zu beenden – allerdings nur, wenn sofort eine Viermächtekonferenz einberufen wird. Er will im Kreis der Sieger im letzten Moment verhindern, dass sich ein eigenständiger Staat im Westen bildet und damit der Weg zu der auch von ihm angestrebten Einheit (allerdings zu seinen Bedingungen) für lange Zeit verbaut ist. Die Westmächte gehen auf seine Bedingungen nicht ein. Dennoch knickt die Sowjetunion ein und beendet die Berliner Blockade am 12. Mai 1949 – vier Tage nach Gründung der BRD. Das ist die erste große Niederlage der UdSSR – die Blockade, nicht die BRD.

Innenpolitisch wurden in der SBZ die Zügel fester angezogen. Im September 1948 distanzierte sich die SED-Führung von der Lehre eines deutschen Sonderwegs zum Sozialismus. Anton Ackermann, der stärkste Verfechter des deutschen Sonderwegs, musste

Selbstkritik üben und einen Knicks in Richtung Osten machen (siehe S. 263) Gleichzeitig wurde die Kasernierte Volkspolizei gebildet, eine quasimilitärische Truppe, die mit schweren Waffen für einen Einsatz gegen den Westen trainierte (siehe S. 205). Ostdeutschland war nun ein fester Teil des sowjetischen Systems und musste auch dafür sorgen, dass die sowjetische Atombombe möglich wurde (siehe S. 169).

Seit Oktober 1948 hat der Deutsche Volksrat seinen Verfassungsentwurf fertig: Darin ist von Bürgerrechten die Rede, aber auch von strafbaren Delikten wie Boykotthetze – ein Hebel gegen jede Art von Opposition. Es soll eine Volkskammer und eine Länderkammer geben. Beide sollen gemeinsam den Staatspräsidenten wählen. Hat eine Fraktion 40 Angeordnete, kann sie sich an der Regierungsbildung beteiligen.

Am 15. und 16. Mai 1949 fanden die Wahlen zum Dritten Deutschen Volkskongress statt. Sie liefen über Einheitslisten, die willkürlich festlegten, wie stark der Anteil der Parteien war: Die SED sollte 25 Prozent der Sitze im Kongress bekommen, CDU 15 Prozent, LDP 15 Prozent, NDPD 7,5 Prozent, DBD (Bauernpartei) 7,5 Prozent. Ein Zehntel aller Sitze ging an den Gewerkschaftsbund FDGB, ein Zwanzigstel an die Freie Deutsche Jugend FDJ, ein Zwanzigstel an den Kulturbund, je 3,7 Prozent an den Demokratischen Frauenbund und an die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes VVN und die restlichen zwei Prozent entfielen auf Genossenschaften. Als der Ausgang der Wahl kein klares Votum für den Volkskongress erbrachte, ließen die Länder-Innenminister die Stimmen neu auszählen: »unbeschriebene Zettel gelten als Ja-Stimmen, ebenso Streichungen«.² Die 1400 Volkskongress-Mitglieder aus der SBZ und die 600 Westdeutschen wählten die 400 Mitglieder des Zweiten Deutschen Volksrates.

Am 7. Oktober 1949 war es dann so weit: Der Volksrat unter Vorsitz von Wilhelm Pieck erklärte sich zur provisorischen Volkskammer. Damit war die DDR gegründet. Kuriosum am Rande: Schon einen Tag später, nämlich am 8.10.1949, schloss die DDR einen Handelsvertrag ab, das erste Interzonen-Handelsabkommen mit der feindlichen BRD.

Die vom Volksrat ausgearbeitete Verfassung sah nun Wahlen vor – so wie in Westdeutschland wenige Wochen nach der Gründung der BRD Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag stattgefunden hatten. Doch im Osten wurden sie kurzerhand auf den Herbst 1950 verschoben. Am 10. Oktober 1949 bestimmten die fünf Landtage der SBZ die 34 Mitglieder der Länderkammer. Am nächsten Tag trafen sich Volkskammer und Länderkammer, um Wilhelm Pieck zum Präsidenten der DDR zu wählen. Am 12. Oktober 1949 bestätigt die Volkskammer die Regierung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl und seiner Stellvertreter Ulbricht (SED), Kastner (LDPD), Nuschke (CDU). Die SED hält sechs der 14 Ministerien. Das Aufbauministerium bekommt die neue nationaldemokratische Partei NDPD. In seiner Regierungserklärung beklagt Grotewohl, dass die Westmächte Deutschland gespalten hätten. Er bekennt sich zur Oder-Neiße-Grenze und zur Freundschaft mit der Sowjetunion.

Damit besteht Deutschland aus zwei Staaten. Zwei Staaten, die sich gegenseitig nicht anerkennen. Das wird 40 Jahre so bleiben.